

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2024

öffentl magazin

Partner- schaftlicher Besuch in Los Angeles



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der Besoldungsgesetzentwurf ist – wie versprochen – vor der Parlamentarischen Sommerpause von der Landesregierung vorgelegt worden. Der ganz große Wurf ist er allerdings nicht. Natürlich wissen wir zu schätzen, dass die Übertragung des Tarifabschlusses ohne große Diskussionen außer Frage stand, und auch der Wille zur Angleichung der Berliner Besoldung an das Bundesniveau ist positiv. Der gute Wille allein reicht aber nicht, es fehlt nach wie vor eine klare Ansage, wann welche konkreten Anpassungsschritte stattfinden werden, wobei auch der Abstand zur Bundesbesoldung nicht kleingerechnet werden darf! Jedes Zuwarten leistet weiteren personellen Abwanderungen Vorschub und treibt den unterbesetzten Berliner Landesdienst in die Funktionsunfähigkeit.

Die Eile, die in der Besoldung angebracht wäre, zeigt der Senat bei der Anpassung der Altersgrenze der Landesbeamten. Hier soll im Hauruckverfahren die Zielmarke 67 Lebensjahre erreicht werden. Nicht mit uns, hat der dbb berlin sofort klargestellt, erst müssen die besoldungspolitischen Hausaufgaben – einschließlich der Reparatur der verfassungswidrigen Bezahlung – in der Vergangenheit erledigt werden.

Das Thema Gewalt lässt uns nicht zur Ruhe kommen. Brennende Autos von Vollzugskräften in Berlin und ein feiger Polizistenmord in Mannheim – wann endlich werden die notwendigen Konsequenzen gezogen?

Titelthema dieser Ausgabe ist die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Los Angeles, die in diesem Sommer durch den Besuch einer Delegation des dbb berlin Aufwind bekommt.

Eine entspannte Sommerzeit wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung	
Der Teufel steckt im Detail	4
Anhebung Altersgrenze	
dbb kritisiert Galoppverfahren	6
Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes	
Null Verständnis für Behördenpingpong	7
Auch Berlin hat ein „Messerproblem“	7
Beamtenrecht	
Mehr Durchlässigkeit im Laufbahnrecht gefordert	8
Gesundheitliche Eignung	8
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
VBE Berlin unter neuer Führung	9
DPhV-Gespräch mit der Bildungssenatorin	9
Berliner Standesämter	
Personalmangel und lange Bearbeitungszeiten	10
Information	
dbb Dienstrechtsbroschüre neu aufgelegt	11
Titelgeschichte	
dbb berlin besucht US-Partnerstadt	12
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Zum guten Schluss	
Schnelles Netz in der Berliner U-Bahn	16
Berufswahl-App an Berliner Schulen	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz

Der Teufel steckt im Detail

Der vom Senat vorgelegte Besoldungsgesetzentwurf wird zu großen Teilen vom dbb berlin begrüßt. „Der Teufel steckt allerdings im Detail“, kritisiert dbb Landeschef Frank Becker. In seiner Stellungnahme gegenüber Finanzsenator Stefan Evers hat der dbb berlin eine ganze Reihe von Pferdefüßen aufgelistet, die in der weiteren Gesetzgebung noch beseitigt werden müssen.

So ist die Übertragung des Tarifvertrages der Länder 2023/2024 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin grundsätzlich als richtiger und wichtiger Schritt zur gleichen Teilhabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu begrüßen. Nicht nachvollziehbar ist für den dbb berlin jedoch, warum die dynamischen Bezügebestandteile, wie der Ehegattenzuschlag, bei der prozentualen Anpassung um 4,76 Prozent ab 1. November unberücksichtigt bleiben sollen. „Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ist das nicht“, moniert dbb Landeschef Becker auch unter Hinweis auf die lückenlose Anpassung in den anderen Bundesländern.

Nur auf den ersten Blick zufriedenstellend ist für den dbb berlin, dass zum 1. Februar die auch im Tarifvertrag verankerte 5,5-prozentige lineare Erhöhung sowie eine 0,76-prozentige Anpassung zur Angleichung der Landesbesoldung an das Bundesniveau folgen sollen. Hier fehlt es an der im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten weiteren Perspektive. Nach Berechnungen vom dbb berlin beläuft sich der Abstand zwischen Bundes- und Berliner Besoldung noch immer auf circa 3 Prozent und nicht, wie vom Senat kleingerechnet, auf 1,91 Prozent.

Reparaturzahlungen für kinderreiche Familien

Erfreulich ist, dass der Gesetzentwurf die längst überfälligen rückwirkenden Nachzahlungen für eine amtsangemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern für die Jahre 2008 bis 2020 vorsieht. Inakzeptabel für den dbb berlin ist dagegen, dass nur diejenigen bedacht werden sollen, die im jeweils

geltenden Haushaltsjahr Rechtsbehelf gegen den gewährten Familienzuschlag eingelegt haben beziehungsweise diesen auch ausdrücklich für die Folgejahre erhoben haben.

„Leider ist der Senat bei der Wiederherstellung der amtsangemessenen Besoldung auf halbem Wege stehen geblieben“, kritisiert Frank Becker darüber hinaus. Denn eine Nachzahlungsregelung für die über viele Jahre unzurei-

chende Grundbesoldung in den Besoldungsgruppen A und B will der Senat nach wie vor erst nach einem weiteren Urteil des Bundesverfassungsgerichts treffen, obwohl eine analoge Entscheidung für Richter und Staatsanwälte nicht nur längst vorliegt, sondern auch schon eine entsprechende Reparatur nach sich gezogen hat.

Bedenken gegen Wegfall des Verheiratetenzuschlags

Auf verfassungsrechtliche Bedenken des dbb berlin stößt die vom Senat in dem Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung des Verheiratetenzuschlags zum 1. November dieses Jahres. Dazu Frank Becker: „Ehe und Familie stehen nach Art. 6 Abs. 1 unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“

Nicht nur auf grundgesetzliche, sondern auch auf familienpolitische Einwände stößt schließlich die vorgesehene Neubemessung der Mindestbesoldung. Hier soll nämlich künftig bei Alleinverdienerfamilien ein fiktiver Ehegatteneinkommenszuschlag in Höhe von 11.309,28 Euro in Anrechnung gebracht werden, um, wie es in der Gesetzesbegründung heißt, „veränderten Lebensverhältnissen“ Rechnung zu tragen. Viel naheliegender ist aber nach Ansicht des dbb berlin, dass mit diesem Rechenrick nicht nur ergänzende Familienzuschläge bei Alleinverdienererehen eingespart werden sollen, sondern zugleich auch der Mindestabstand zur gesetzlichen Grundversicherung erhöht wird, ohne dass der Dienstherr auch nur einen Cent dazu beiträgt. Denn der gesetzliche Mindestabstand von 15 Prozent wird gegenwärtig mit nur rund fünf Prozent sehr deutlich verfehlt. Familienpolitisch ist die Maßnahme angesichts der demografischen Entwicklung und der unzureichenden Geburtenzahlen darüber hinaus völlig unverständlich.

Abstandsgebot bleibt unzureichend

„Aber auch der Taschenspielertrick mit der Verringerung des Mindestabstands funktioniert so nicht“, rechnet der dbb Landesvorsitzende Becker vor: „Denn die ebenfalls vorgesehene Einführung eines ergänzenden Familienzuschlags in Härtefällen verletzt wiederum ihrerseits das Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen und Erfahrungsstufen.“ Vor allem aber gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass maßgebliche Bezugsgröße für die Besoldung nicht das Familieneinkommen, sondern die Nettoalimentation ist.

„Hier ist der Dienstherr allein verpflichtet, den Beamtinnen und Beamten die Alimentation zu gewähren, unabhängig davon, was Dritte gegebenenfalls erwirtschaften oder auch erwirtschaften könnten. Das Einkommen des Beamten steht in keinem unmittelbaren rechtlichen Bezug zum Einkommen seines Ehepartners.“ ■

Anhebung der Altersgrenze

dbb berlin kritisiert „Galoppverfahren“

Der dbb berlin hat für die Berliner Beamtinnen und Beamten eine angemessene Übergangsregelung bei der Anhebung der Regelaltersgrenze auf die Vollendung des 67. Lebensjahres gefordert. Die jetzt in einem entsprechenden Gesetzentwurf des Senats vorgesehene Frist entspreche nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Generell spricht sich der dbb berlin für flexible, individuell gestaltbarer Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand aus, um der demografischen Grundproblematik einer fortschreitenden Alterung der Gesellschaft zu begegnen. Insofern sollte auch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten ein Baustein sein. Vor jeder Anhebung der Altersgrenzen muss jedoch, bekräftigt der dbb berlin, die Reparatur der Verstöße des Landes gegen eine verfassungsgemäße Besoldung stehen.

Der jetzt vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Anhebung der Altersgrenzen und Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften sieht die Festlegung der künftigen Regelaltersgrenze für die Berliner Landesbeamtinnen und Landesbeamten auf das vollendete 67. Lebensjahr bis 2033 vor. Das entspricht der Regelung in der gesetzlichen Rentenversicherung, beim Bund und in allen anderen Ländern. Allerdings wurde dort fast ausnahmslos schon vor zwölf Jahren mit der schrittweisen Anpassung an die neue Regelaltersgrenze begonnen.

Übermäßige Belastungen

In Berlin dagegen soll das ab 2026 im Schweinsgalopp mit sehr großen Anpassungsschritten nachgeholt werden. Beamtinnen und Beamte, die nach dem 31. Dezember 1960 geboren sind, müssen mit einer Anhebung in acht Stufen und in dreimonatigen Schritten rechnen. Der dbb berlin sieht diesen Personenkreis als übermäßig stark belastet an und fordert ein flexibles Übergangsmodell. Nur so können die individuellen Möglich-

keiten und Bedürfnissen je nach Gesundheitszustand, Leistungsfähigkeit und Lebenssituation der älteren Mitarbeiter in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden. Auch die Anforderungen des jeweiligen Dienstpostens und die unterschiedlichen Arbeitsabläufe müssten in die Betrachtung einbezogen werden. Von Dienstherrseite erwartet der dbb berlin in diesem Zusammenhang verstärkte Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung und -förderung.

Erfahrungsstufen anpassen

Mit der Anhebung der Altersgrenzen zwingend einhergehen muss nach Feststellung des dbb berlin eine Erweiterung der Erfahrungsstufen in der Besoldung von bisher acht auf zehn bis zwölf, wie sie bereits in der weit überwiegenden Zahl der Bundesländer verankert sind. Allerdings muss sichergestellt sein, dass mit der Erweiterung ein echter finanzieller Anstieg verbunden ist und nicht etwa das bisherige Gesamtvolumen einfach auf mehr Stufen umverteilt wird. Diese Maßnahme ist nach dbb Überzeugung unabdingbar, will man die Motivation der Beamtinnen und Beamten nicht noch mehr gefährden.

Eine Anhebung der Altersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte lehnt der dbb berlin entschieden ab. Denn in diesen Fällen gehe es nicht um die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, sondern der besonderen Belastungen, die mit der Schwerbehinderung verbunden sind. ■



Rahmendienstvereinbarung „Keine Gewalt gegen Beschäftigte“ stockt Null Verständnis für Behördenpingpong

Der dbb berlin hat angesichts der ausufernden Gewalt keinerlei Verständnis mehr dafür, dass es in Berlin noch immer keine Dokumentation von Gewalttaten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gibt, wie dies in einer bereits vor vier Jahren vom dbb berlin angestoßenen Rahmendienstvereinbarung vorgesehen ist.

Angesichts der Eskalation der Gewalt, wie sie im Polizistenmord von Mannheim einen traurigen Höhepunkt fand, drängt dbb Landeschef Frank Becker den Berliner Senat jetzt erneut zum Handeln: „Stoppt endlich das Behördenpingpong darüber, welche Senatsverwaltung für die Dokumentation von Gewaltfällen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst zuständig sein soll.“

Hintergrund der dbb Forderung ist, dass die von dbb berlin, DGB und Senat bereits im Juni 2021 abgegebenen Grundsatzklärung, wonach Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin in keiner Form toleriert und wirksame Maßnahmen ergriffen werden sollen, immer noch zu keiner konkreten Dienstvereinbarung geführt hat. Der inakzeptable Grund: Innerhalb des Senats herrscht offenbar Uneinigkeit darüber, wer die Dokumentation der Gewaltfälle übernehmen soll.

Der dbb berlin wertet diese regierungspolitische Uneinigkeit im Angesicht der wachsenden Gefahren für

Leib und Leben der Landesbediensteten als absolut unangemessen und skandalös. Dieses politische Versagen stehe auch in klarem Widerspruch zu der Haltung der 1.000 Menschen, die sich am 7. Juni 2024 an den Schweigemärschen zum Gedenken des ermordeten Polizisten beteiligt haben.

„Und trotz der großen allgemeinen Betroffenheit sind in der Nacht zum 8. Juni 2024 erneut Autos an der JVA Plötzensee (2) und Moabit (4) angezündet worden. Hierüber sind wir mehr als entsetzt!“, entrüstete sich Becker, der zugleich an die Worte des Bundespräsidenten vom 7. Juni 2024 in Mannheim erinnerte: „Wir, die Demokratinnen und Demokraten dieses Landes, dürfen und werden uns an Gewalt in der politischen Auseinandersetzung niemals gewöhnen. Wir sagen – und sagen gerade heute und hier in Mannheim: Diese Gewalt muss aufhören! Gewalt zerstört Freiheit, Gewalt zerstört Demokratie. Wir müssen Gewalt ächten, von wem auch immer sie ausgeht und gegen wen auch immer sie sich richtet.“ ■

Trauer über feigen Polizistenmord

Auch Berlin hat ein „Messerproblem“!

Deutschlandweit herrscht Trauer und Entsetzen über den feigen Polizistenmord von Mannheim. In die Trauer hat sich auch die Sorge um den Schutz der Polizei vor weiteren Messerattacken gemischt.

„Allen Kolleginnen und Kollegen überall in Deutschland kann Ähnliches passieren – jeden Tag. Auch Berlin hat ein Messerproblem, das nur mit einer starken Polizei im Einklang mit deutlichen Urteilen bekämpft werden kann“, schlägt die DPolG Berlin Alarm, soll die Hauptstadt nicht zum Messerstecher-Hotspot verkommen. Konkret fordert die DPolG Berlin den Einsatz effektiver Mittel zur Aufklärung und Abschreckung durch die Strafverfolgungsbehörden, strengere Waffengesetze, verstärkte Polizeipräsenz in gefährdeten Gebieten sowie eine zügige Ermittlung und Verfolgung von Straftätern. Öffentliche Gebäude soll das Land waffenfrei halten und sein Hausrecht durchsetzen. Schließlich braucht die Polizei eine bessere Ausstattung.

„Der Schutz ist unzureichend!“, beklagt DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf. Heutzutage sei es einfach, Arbeitskleidung mit entsprechenden Stoffen und Materialien zu produzieren, die Schutz bieten, aber weder das Gewicht wesentlich erhöhen noch die Beweglichkeit einschränken. Kosten dürfen beim Schutz der Polizeikräfte kein Hindernis sein. „Jeder, der mit den Finanzen argumentiert, vergisst, dass die Fürsorgepflicht zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehört. Und er vergisst unseren im Dienst verstorbenen Kollegen“, stellt Pfalzgraf klar.

Auch dbb Landeschef Frank Becker fordert Konsequenzen nach dem erschreckenden Polizistenmord: „Knappe Finanzmittel dürfen keine Begründung für unzureichenden Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei sein. Wir fordern Senat und Abgeordnetenhaus auf, den Vorschlägen der DPolG zu folgen und entsprechende Finanzmittel zur Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung zu stellen.“ ■

dbb fordert stärkere Laufbahndurchlässigkeit

Die vorgesehenen laufbahnrechtlichen Änderungen im Berliner Landesdienst reichen bei Weitem nicht aus, um die Attraktivität der Beschäftigung im öffentlichen Dienst wirksam zu erhöhen. Insbesondere fehlt es nach Feststellung des dbb berlin an einer stärkeren Laufbahndurchlässigkeit.

In einer ersten Stellungnahme zu dem Entwurf eines Artikelgesetzes zur Änderung laufbahnrechtlicher Vorschriften kritisiert der dbb berlin, dass die vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen die Position des Landes im personellen Wettbewerb kaum stärken und den wachsenden Personalmangel im öffentlichen Dienst nicht wirksam bremsen können. Die Reform baue lediglich punktuell „ein wenig Unattraktivität“ ab.

Tatsächlich zielen die Bestimmungen des Gesetzesentwurfs im Wesentlichen darauf ab, den Quereinstieg in höhere Laufbahngruppen oder Einstiegsämter zu erleichtern. „Wir gehen davon aus, dass sich der Wechsel nur in den Bereichen des höheren Dienstes, also bei Juristen oder Masterabsolventen, auswirken

wird“, heißt es dazu wörtlich in dem dbb Schreiben an Finanzsenator Stefan Evers.

Nicht nur die auf den höheren Dienst beschränkten Erleichterungen beim Quereinstieg stoßen auf Kritik beim dbb berlin, vermisst werden vor allem Anreize für die vorhandenen Beschäftigten, die es in der personellen Krise dringend zu binden gilt. Nicht nachvollziehbar sei deshalb das Festhalten an den vorhandenen starren Laufbahnen, die mit ihren geringen Karrierechancen demotivierende Effekte bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auslösen. Eine Laufbahn mit mehreren Qualifizierungsebenen wie in Bayern würde dagegen nach Überzeugung des dbb berlin dank stärkerer Laufbahndurchlässigkeit eine wesentlich bessere Personalentwicklung ermöglichen. ■

Gesundheitliche Eignung

Auch Adipositas zählt zu den Befunden

Adipositas ist eine chronische Krankheit und wird daher wie jede andere chronische Erkrankung bei der amtsärztlichen Prüfung der gesundheitlichen Eignung für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis betrachtet.

Das geht aus der Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage hervor. Adipositas ist nicht nur eine eigenständige und anerkannte Erkrankung, sondern auch ein Risikofaktor für die Entwicklung von Begleit- und Folgeerkrankungen wie zum Beispiel Diabetes mellitus, Leberschäden, Schlafapnoesyndrom, koronare Herzkrankheit und viele weitere Erkrankungen bis hin zur Demenz, psychischen Leiden beziehungsweise psychosozialen Problemen, heißt es in der Antwort.

Bei der amtsärztlichen Begutachtung werden medizinische Befunde erhoben und bewertet und die sich hieraus ergebende medizinische Einschätzung wird den Auftraggebern mitgeteilt. Selbstverständlich gehören hierzu unter anderem auch das Körpergewicht, der Body-Mass-Index (BMI) und der Bauchumfang.

Allerdings sind BMI und Bauchumfang nicht allein entscheidend, sondern werden im Kontext aller medizinischen Befunde bewertet.

Es sei die Aufgabe der Gutachter, aufgrund der erhobenen und vorliegenden Befunde eine prognostische Stellungnahme abzugeben. Diese Stellungnahme bezieht sich auf den Einzelfall und kann nicht verallgemeinert werden. Aufgabe der Dienstbehörde ist es sodann, die Schlussfolgerungen für die Verbeamtung aus den übersandten Gutachten zu ziehen. ■



VBE Berlin

Hanno Rüter zum Vorsitzenden gewählt

Der 73. Vertretertag des VBE Berlin am 13. Mai 2024 hat den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Hanno Rüter mit sehr großer Mehrheit an die Spitze des Landesverbandes gewählt.

Dem neuen Vorsitzenden, der Heidrun Quandt ablöst, stehen Gerd Fabienke als 1. stellvertretender Vorsitzender, Stefan Werner als stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeisterin Anna Maria Althelmig, ihr Stellvertreter Thomas Schenk sowie Schriftführerin Maria Stamm im neu gewählten geschäftsführenden Vorstand zu Seite.

Disziplin fördern

Neben zahlreichen Anträgen zu pädagogischen und gewerkschaftlichen Fragen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution „Disziplin an Schulen fördern“, die darauf abzielt, erhöhtes Gewaltpotenzial und Leistungsminderungen bei Schülerinnen und Schülern infolge von Disziplinlosigkeit abzubauen.

Wörtlich heißt es in der Entschliebung: „Wir fordern neue und andere Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, die eine merkliche Wirkung auch auf die Erziehungsberechtigten haben.“

Wir fordern eine verbindliche Rückmeldung an die Schulen von den Schulämtern bei Schulversäumnisanzeigen und von den Jugendämtern bei Kindeswohlgefährdungsmeldungen.“

Der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand, der Gast der Veranstaltung war, unterstützte diese Forderungen in seinem Grußwort und erinnerte an die im Grundgesetz verankerte Pflicht der Eltern, für die Erziehung ihrer Kinder zu sorgen. Lehrkräften müsse Respekt entgegengebracht werden. Schule könne nicht reparieren, was in der Gesellschaft in Schiefelage geraten sei. ■



© Verena Spoida

Neuer geschäftsführender Vorstand: Thomas Schenk, Anna Maria Althelmig, Hanno Rüter, Gerhard Fabienke, Maria Stamm, Stefan Werner (von links)

DPhV-Gespräch mit der Bildungssenatorin

Aktuelle bildungspolitische Fragen hat eine Delegation des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) unter Leitung der Bundesvorsitzenden Susanne Lin-Klitzing Anfang Juli mit der Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch erörtert.



© DPhV

Mit von der Partie waren die beiden Berliner stellvertretenden DPhV-Vorsitzenden Gabriele Kasigkeit und Ferdinand Horbat sowie die Vorsitzende des phv Berlin-Brandenburg, Kathrin Wiencek.

Einigkeit herrschte bei dem Gespräch darüber, dass am Grundsatz der

Kritik übte die DPhV-Delegation an Verzögerungen, die bei der Lehrerverbeamtung in Berlin aufgetreten sind. Die Senatorin begründete den Rückstau mit dem hohen zeitlichen Aufwand für die notwendigen Einzelentscheidungen. Die Senatsbildungsverwaltung prüfe aber Möglichkeiten, die Verfahren rechtssicher zu beschleunigen.

Modelle zur Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben stellte die phv Landesvorsitzende vor. Schulassistenten sollen in Brandenburg Aufgaben wie Buchbestellungen oder die technische Organisation von Studientagen nach Vorgaben der Lehrkräfte übernehmen. Ferdinand Horbat mahnte darüber hinaus eine Reduzierung der Klassen-, Jahrgangs- und Fachkonferenzen an. Grundsätzlich mehr Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen forderte schließlich Gabriela Kasigkeit ein.

zweiphasigen Lehrkräftebildung (Studium/Referendariat) und die Ausbildung in zwei Fächern für die Studienratslaufbahn festgehalten werden soll, auch wenn aufgrund des aktuellen Personalmangels gegenwärtig Bewerber mit nur einem Fach beziehungsweise Seiten- und Quereinsteiger für die Lehrtätigkeit gewonnen werden sollen.

Katharina Günther-Wünsch (2. von links) und die Gesprächspartner des DPhV: Ferdinand Horbat, Prof. Lin-Klitzing, Gabriele Kasigkeit, Kathrin Wiencek (von links)

ft

Berliner Standesämter

Personalmangel und lange Bearbeitungszeiten



Hohe Arbeitsbelastung und Personalmangel führen in einzelnen Standesämtern zu langen Wartezeiten und Unzufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Parlamentarische Anfrage der Linken hervor.

Außerdem differieren die Bearbeitungszeiten in den Berliner Standesämtern – je nach Bezirk – sehr stark. Speziell wer in Mitte wohnt, muss viel Geduld mitbringen und bis zu elf Wochen auf Dokumente warten. Das sieht in anderen Bezirken besser aus. In Friedrichshain-Kreuzberg zum Beispiel reagieren Sterberegister und Urkundenstelle tagesaktuell.

Einen langen Atem müssen dagegen in allen Bezirken heiratswillige Paare haben, weil zwischen Anmeldung der Eheschließung und Eheschließungstermin in der Regel viele Wochen verstreichen.

Unterschiedliche Entwicklung

Entwickelt haben sich die Wartezeiten unterschiedlich. Verbesserungen in Teilbereichen stehen Verschlechterungen in anderen gegenüber. So hat etwa das Standesamt Marzahn-Hellersdorf im Bereich des Sterberegisters die längsten Bearbeitungszeiten, reagiert beim Geburtenregister aber außerordentlich schnell. Kurze Bearbeitungszeiten im Geburtenregister weisen auch die Standesämter in Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf auf. Dagegen muss beim Standesamt Mitte bei Anfragen an das Geburtenregister, das Sterberegister und auch an die Urkundenstelle mit längeren Wartezeiten gerechnet werden.

Die Sterberegister der Standesämter Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg dagegen zeichnen sich wiederum durch ihre schnellen Erledigungsprozesse aus.

Lange Wartezeiten kommen nicht von ungefähr und haben hauptsächlich mit der Personalsituation vor Ort zu tun. Von den insgesamt in Berlin zu Jahresbeginn besetzbaren 178 Stellen für Standesbeamte waren 145 besetzt und 33 vakant.

Der Senat will deshalb die wegen des „14-Tages-Ziel der Bürgerämter“ temporär ausgesetzte Maßnahme M3 zur „Planung und Durchführung einer Personalgewinnungsoffensive zur Nachwuchsgewinnung“ bei den Standesämtern voraussichtlich Ende des Jahres wiederbeleben.

Außerdem wurden verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung der Bearbeitung eingeleitet. So wird die Digitalisierung und Prozessoptimierung in den Standesämtern vorangetrieben und soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein, sodass künftig etwa die Online-Anzeige von Geburten und Sterbefällen sowie die Anmeldung der Eheschließung möglich ist. Eine Anpassung der Personalausstattung aufgrund neuer Aufgaben soll im Haushaltsplan 2026/2027 erfolgen. ■



dbb Dienstrechtsbroschüre neu aufgelegt

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die Broschüre „Dienstrecht – leicht gemacht“ in 2. Auflage 2024 herausgegeben.

Die Broschüre hat sich als Lern- und Arbeitshilfe sowohl bei den Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung als auch im tagtäglichen Dienstbetrieb bewährt.

In der 2. Auflage sind Regelungen zur Teilzeit, zur familienpolitischen Teilzeit und zur Beurlaubung neu aufgenommen worden. Dasselbe trifft auf Regelungen zur Familienpflegezeit in Teilzeit oder Beurlaubung zu.

Großen Wert wurde bei der Neubearbeitung auf eine kurze und verständliche Aufarbeitung der Themen und Schlagworte des Dienstrechts gelegt. So erläu-

tert Autor Mark Köhler unter anderem Begriffe wie: hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums, Alimentationsprinzip, Laufbahnprinzip, Arten der Beamtenverhältnisse, Ernennung und Eid, Laufbahnrecht, Beförderung, Aufstieg, Umsetzung, Abordnung, Versetzung, Nebentätigkeiten, Dienstkleidung, Disziplinarverfahren, Amtsangemessene Beschäftigung und Besoldung und, und, und.

Die Lern- und Arbeitshilfe wurde mit Unterstützung des dbb Partners Signal Iduna Versicherung hergestellt.

Die Broschüren können in der Landesgeschäftsstelle des dbb beamtenbund und tarifunion berlin kostenlos abgeholt werden. Um vorherige Meldung der benötigten Anzahl wird gebeten. ■

dbb berlin besucht Partnerstadt

Drückende Nachwuchssorgen in Los Angeles und Berlin

Seit 57 Jahren besteht eine lebendige Partnerschaft zwischen Berlin und Los Angeles. Und bereits zum wiederholten Male hat sich Anfang Juli eine Delegation des dbb berlin auf den Weg über den großen Teich gemacht, um diese Partnerschaft zu pflegen und den Dialog über Fragen des öffentlichen Dienstes zu intensivieren.



Auftakt im Bürgermeisterbüro: Michael McLaughlin, Wajenda Cham-beshi, Frank Becker, Daniil Polikarpov und Bartek Gizinski (von links)

dbb Landeschef Frank Becker und seine Begleiter, zu denen auch gkl Geschäftsführer Michael McLaughlin zählte, führten eine ganze Reihe informativer Gespräche in der Partnerstadt, bei denen sehr schnell Schnittmengen für eine weitere Zusammenarbeit sichtbar wurden.

Vergleichbare Probleme

Tatsächlich steht die kalifornische Metropole vor vergleichbaren Problemen wie die deutsche Hauptstadt, stellte sich bereits bei dem ersten Meinungsaustausch mit dem Direktor für internationale Beziehungen, Politik und Protokoll, Wajenda Cham-beshi, im Bürgermeisterbüro der Stadt heraus.

Hüben wie drüben brennt die Nachwuchsgewinnung unter den Nägeln. „Stellenbesetzungen dauern auch in Los Angeles viel zu lange – manchmal über ein Jahr. Bewerber springen ab und gehen in die freie Wirtschaft zu – speziell im IT-Bereich – deutlich besseren Konditionen“, fasste Becker das Gesprächsergebnis zusammen, „hier hat möglicherweise Berlin mit den vorgesehenen zentralen Stellenausschreibungen bei der Problembewältigung die Nase leicht vorn.“

Feuerwehr mit hohem Ansehen

Nicht von Nachwuchsproblemen geplagt ist allerdings die Feuerwehrchefin von Los Angeles, Kristin M. Crowley. Kein Wunder, denn ganz anders als in Deutschland, wo die ausufernde Gewalt selbst vor Feuerwehrleuten nicht haltmacht, genießen die kalifornischen Kolleginnen und Kollegen beinahe Heldenstatus.

Sehr aufschlussreich für die deutschen Besucher war die Präsentation der unterschiedlichen Einsatzmittel der L.A.-Feuerwehr, die den Gästen aus Berlin in einer Feuerwache geboten wurde. Unterschieden werden Ausrüstungen für den „normalen“ Einsatz“, den „Einsatz bei Waldbränden“ und für die „Höhenrettung“. Beeindruckt zeigte sich Frank Becker von der Geschwindigkeit, in der sich ein L.A.-Feuerwehrmann vollständig für seinen Einsatz einkleidet: „Wir haben gerade einmal 45 Sekunden gezählt.“

Personalsorgen prägten wiederum das nachfolgende dbb Gespräch mit dem Los Angeles Police Department (LAPD). Qualifizierte Bewerber sind rar, führte der stellvertretende Chefdirektor des Büros



Die dbb Delegation mit Daniel L. Randolph vom Police Department



In 45 Sekunden startklar: Feuerwehrmann in L.A.

Gewinnbringender Austausch

„Ausbau und Förderung von Städtepartnerschaften sind ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung, ganz besonders in der derzeitigen weltpolitischen Lage“, zog Frank Becker ein erstes Resümee über den Informationsbesuch in Kalifornien. „Gegenseitiges Verständnis ist von entscheidender Bedeutung und funktioniert am besten über persönliche Begegnungen, gegenseitige Akzeptanz und über die Bereitschaft, voneinander zu lernen. Der dbb berlin wird sich in diesen Prozess immer wieder gern mit einbringen“, so Becker weiter.

Geteilt wird diese Ansicht auch von der BBBank, die den Besuch des dbb berlin in der Berliner Partnerstadt dankenswerterweise unterstützt hat. ■

für Unterstützungsdienste, Daniel L. Randolph, aus und – wie in Berlin – gehen in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen der Polizei in den Ruhestand.

Gewalt gegen Polizisten kommt auch in Los Angeles vor. Generell genieße die Polizei aber in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, versicherte Randolph. Auch könnten die von Gewalttätern attackierten Polizisten sicher davon ausgehen, dass die Täter verklagt und der Staat sich um sie und gegebenenfalls auch ihre Angehörigen kümmert. „Hier besteht in Sachen Strafverfolgung der Täter sowie Fürsorge und Wertschätzung für Gewaltopfer bei uns noch gewaltig Luft nach oben“, stellte Frank Becker dazu fest.

Ehrensache war für die Berliner zum Abschluss ihres Aufenthalts in Los Angeles der Besuch des „Wende Museums“, das Relikte aus der Ära des Kalten Krieges präsentiert und die weltgrößte Sammlung von Artefakten aus der ehemaligen DDR beherbergt.

Grußbotschaften aus Berlin

Im Anschluss an den Besuch in der Partnerstadt überbrachten Becker und seine Begleiter noch eine Grußbotschaft der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld an ihren Amtskollegen im Senat von Sacramento.

Grußworte hatte die dbb Delegation auch in Los Angeles mit im Gepäck gehabt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, der selbst noch für dieses Jahr einen Besuch in der Partnerstadt plant, wünschte gewinnbringende Erfahrungen. Polizeipräsidentin Barbara Slowik regte unter anderem einen Austausch über die Organisation von Rettungsdiensten an und Landesbranddirektor Carsten Homrighausen schließlich würdigte die langjährige Zusammenarbeit im Interesse der Sicherheit beider Städte.



Das Wendemuseum zeigt Artefakte aus den früheren Ostblockstaaten.

kurze Werbe- sendung (engl.)	Lang- spieß	niederl. Fürsten- ge- schlecht	▼	Schreib- art; Kunst- richtung	<h2 style="text-align: center;">Unsere Gewinner</h2> <p style="text-align: center;">Beim Juni-Preisrätsel haben richtig geraten und gewonnen:</p> <p style="text-align: center;">Wojciech Cichonski, 13629 Berlin Katja Kieseling, 16348 Wandlitz Anika Oldenburg, 10315 Berlin</p> <p style="text-align: center;">Das Lösungswort war „Stiefel“.</p>					Vorname Strawins- kys	▼	frz. Schau- spieler: ... Delon	▼	Gebets- schluss- wort	
▶	▶	▶	▶	große Ansied- lung						portugie- sischer Seefahrer (Vasco da)	▶	▶	▶	Einkaufs- straße in Düsseldorf (Kzw.)	
Schwert- lilie	▶	3	▶	▶						▶	▶	▶	▶	▶	
von niedri- ger Tem- peratur	▶	▶	▶	9						▶	▶	▶	5	▶	
▶	▶	▶	▶	Soße zum Ein- tunken						▶	▶	▶	▶	▶	
▶	▶	▶	▶	Soße zum Ein- tunken						▶	▶	▶	▶	▶	
Abkür- zung für senior	Skilauf- technik	▶	▶	kratzen, eingra- vieren	▶	offener Lauben- gang	Zeit- tungs- wesen	Untugend	▶	Hotelboy	Winter- sport- gerät	Feuer- kröte	▶	▶	▶
Bedeu- tung, Geltung	▶	▶	▶	tieri- sches Milch- organ	▶	kleiner Schwatz	▶	▶	▶	▶	▶	7	Südasiat	Karten- orakel	
▶	▶	▶	▶	Gewinn, Aus- beute	▶	▶	▶	▶	▶	germani- scher Gott des Feuers	Fuß- oder Hand- rücken	▶	▶	1	
Astro- loge Wallen- steins	Täu- schung	▶	▶	8	▶	weibli- ches Lasttier	▶	▶	▶	▶	▶	▶	Regel, Richt- schnur	dt. Kompo- nist (Werner)	
▶	▶	▶	▶	Röst- brot- scheibe	▶	▶	▶	2	Kfz- Zeichen Neuss	Befehl; Auftrag	▶	▶	6	▶	
kleines marder- artiges Raubtier	Ringel- Saug- wurm	▶	▶	▶	▶	Pflanzen- ableger, Steckling	▶	▶	▶	▶	▶	▶	das Ich (latei- nisch)	▶	
jetzt	▶	▶	▶	ange- strengtes Herum- knobeln	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	
▶	▶	▶	▶	4	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	▶	

PREISRÄTSEL

Noch einmal ...

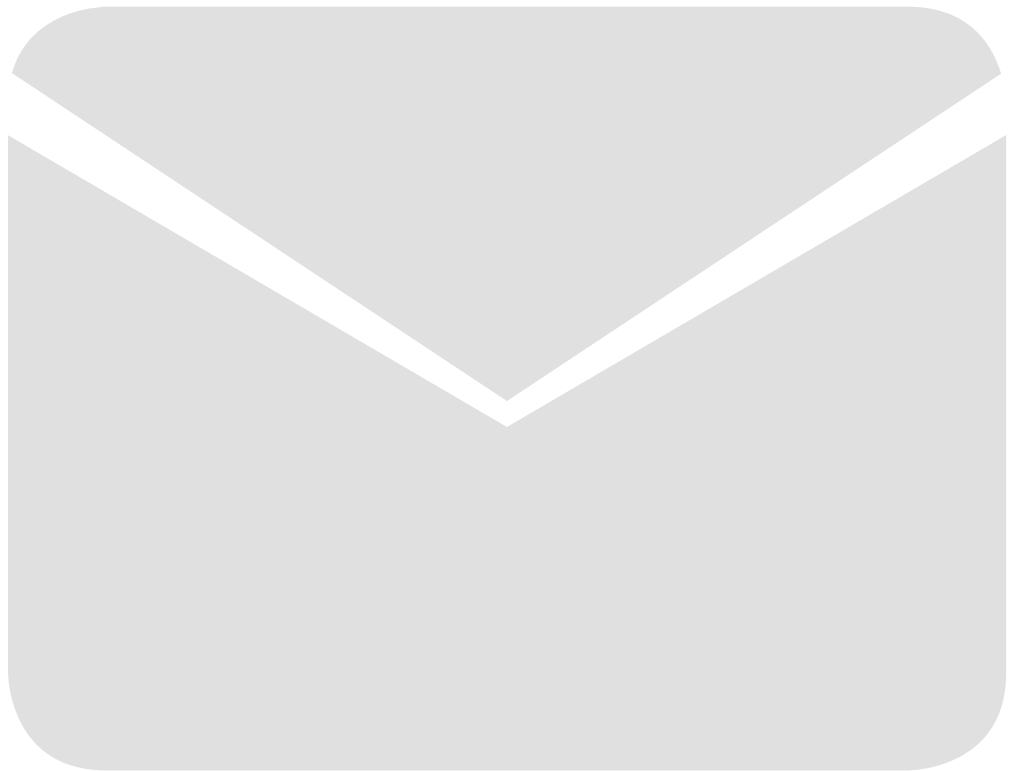
... sind die begehrten dbb Stifte in unserem Preisausschreiben zu gewinnen. Verlost werden sie an fünf Einsenderinnen oder Einsender der richtigen Lösung von unserem Schwedenrätsel.

Machen Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 15. August 2024 an

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030 327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





Schnelles Netz in der Berliner U-Bahn

Surfen, streamen, chatten – über ein Highspeed-Mobilfunknetz unter der Erde – das ist jetzt für alle Fahrgäste der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) möglich. Die Berliner U-Bahn, mit weit mehr als einer Million Fahrgästen täglich das Rückgrat des Berliner Nahverkehrs, verfügt ab sofort auch auf sämtlichen unterirdischen Strecken über ein schnelles und leistungsfähiges 4G/LTE-Mobilfunknetz aller großen Mobilfunkanbieter.

Mit neun Linien und 175 Bahnhöfen ist das in Teilen mehr als 100 Jahre alte U-Bahn-Netz der Hauptstadt eines der ältesten und größten in ganz Europa. Für die Netzmodernisierung in den Tunnelanlagen der BVG haben die Techniker das umfassendste Indoor-Mobilfunkprojekt Deutschlands umgesetzt.

Für den Ausbau auf den Tunnelstrecken wurde unter anderem mehr als 1.000 Kilometer Glasfaser sowie Strom- und Hochfrequenz-Kabel verlegt – das entspricht der Entfernung von Flensburg bis nach Garmisch-Partenkirchen.

„Unsere Smartphones sind unsere ständigen Begleiter. Egal ob privater Chat oder dienstliche E-Mail – wir alle wollen online sein und das mit Highspeed, auch in der U-Bahn. Deshalb ist das flächendeckende Highspeed-Mobilfunknetz ein wichtiger Schritt für ein noch attraktiveres und moderneres Mobilitätsangebot. Zugleich ist das leistungsfähige 4G-Netz Grundlage dafür, dass wir in Zukunft auch in unseren

U-Bahnzügen kostenloses WLAN anbieten können“, kommentierte Henrik Falk, Vorstandsvorsitzender der BVG den Ausbau des Netzes. ■

Berufswahl-App an Berliner Schulen

Eine Berufswahl-App soll jetzt Berliner Schülerinnen und Schüler bei der Berufsorientierung unterstützen. Wie die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mitteilt, ermöglicht die App durch multimediale Inhalte und interaktive Aufgaben nicht nur den Schülern eine selbst organisierte und individuelle Berufsorientierung, sondern hilft auch den Lehrkräften, den Unterricht zur Beruflichen Orientierung vielfältig und individuell zu gestalten.